

SOLOTHURNER FREISINN

«Zäme geits!»



Enkeltaugliche Politik ist nötiger denn je

Es ist leider ein Fakt, dass wir die Nachwirkungen der Corona-Krise noch viele Jahre spüren werden. Im Rahmen der «Enkelstrategie» verfolgt die FDP verschiedene Projekte, um sicherzustellen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einer Schweiz leben können.

Seiten 13

Schub für 5G

Der Mobilfunkstandard 5G hat es in der Schweiz noch schwer, der Ausbau verläuft schleppend. Die FDP und insbesondere Ständerat Hans Wicki und Nationalrat Christian Wasserfallen engagieren sich für mehr Tempo.

Seiten 16 und 17

Karin Keller-Sutter sagt Ja zur E-ID

Die FDP-Bundesrätin kämpft für die E-ID, über die am 7. März abgestimmt wird. Im Interview zeigt sie auf, wie der Datenschutz gewährleistet ist und was die Vorteile der Public-Private-Partnerschaft sind. Für Karin Keller-Sutter ist klar, dass das Technologieland Schweiz die E-ID braucht.

Seiten 18 und 19

Digitale DV in Bern



Delegierte sagen Ja zum Covid-19-Gesetz und Nein zu den beiden Agrarinitiativen.

Seiten 20 und 21

Remo Ankli (links, bisher) und Peter Hodel (rechts, neu) wollen für den Kanton Solothurn und die Solothurner Bevölkerung gemeinsam Pflöcke einschlagen.



Freiheit wählen!

Wahlen vom 7. März 2021

Am 7. März findet der erste Wahlgang für die Regierungs- und Kantonsratswahlen im Kanton Solothurn statt. Die Wahlen sind ein eigentlicher Gradmesser für den Kanton Solothurn. «Es scheint, in der heutigen Zeit steht Freiheit per se auf dem Prüfstand. Wir können jetzt als Solothurnerinnen und Solothurner auch national ein klares Zeichen für eine freiheitliche und verantwortungsvolle Politik setzen», sagt Stefan Nünlist, Präsident der FDP des Kantons Solothurn. Petra Gössi, Präsidentin der FDP Schweiz, pflichtet ihm bei: «Die Wahlen im Kanton Solothurn sind die ersten im Corona-Jahr 2021 und damit vielleicht auch so etwas wie ein Indikator dafür, wie sich die Krise in der Bevölkerung auswirkt (vgl. gemeinsames Interview auf Seite 3).

Für den Regierungsrat stellen sich von der FDP Remo Ankli (bisher) und Peter Hodel (neu) zur Wahl. Peter Hodel, langjähriger Gemeindepräsident von Schönenwerd sowie Präsident der FDP-Fraktion im Kantonsrat, will gemeinsame Lösungen

suchen und finden. Wie für den Bahnhof Schönenwerd sei auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Solothurn ein runder Tisch notwendig, gerade im zukunftsweisenden Med-Tech-Bereich. «Ein runder Tisch mit Experten aus der Privatwirtschaft, aus dem Kanton und dem Bund, aus der Industrie, dem Gewerbe und Leistungserbringern wäre sicher zielführend und würde uns weiterbringen» (vgl. Porträt auf Seiten 4 und 5). Regierungsrat Remo Ankli blickt auf eine achtjährige Zeit als Bildungs- und Kulturdirektor zurück. «Wir sind gut aufgestellt, müssen aber besser werden», sagt er. Im Bildungsbereich plädiert er dafür, sich dem digitalen Wandel zu stellen: «Wir wollen dem ABC ein D für Digitalisierung hinzufügen.» Auch im Kulturbereich will Remo Ankli neue Wege gehen: Zurzeit werde geprüft, ob und wie man Kulturförderer aus der Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen hinter ein gemeinsames Projekt bringen könnte (vgl. Porträt auf Seiten 6 und 7). (pd)

Inhalt

- 3–12 Solothurner Freisinn
- 13 Update zur Enkelstrategie
- 14/15 Blueprints:
Wir halten unsere Taten fest
- 16/17 5G braucht mehr Schub
- 18/19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter
im Interview
- 20/21 Digitale DV in Bern
- 22 Gastbeitrag von Philipp Eng
- 23 Vermischtes



Liebe Freisinnige

Die Corona-Krise dauert nun bereits fast ein Jahr. Damit wir endlich aus der Krise herauskommen, sind nun drei Dinge wichtig:

1. Schützen: Wir müssen das Ansteckungsniveau und die Ansteckungsdynamik tief halten. Dies erreichen wir, indem wir uns alle nochmals einen Ruck geben und die Verhaltens- und Hygieneregeln einhalten. Im Gegenzug ist der Bundesrat in der Pflicht, dass er die richtigen Verhaltensanreize setzt.

2. Entschädigen: Diejenigen Unternehmen, die ihren Betrieb aufgrund der Entscheide des Bundesrates schliessen mussten, müssen die Soforthilfe nun schnell ausbezahlt erhalten. Nur so kann unsere Wirtschaft diese Krise meistern, und die Arbeitsplätze können gesichert werden.

3. Impfen: Das einzige Mittel, das wir haben, um das Virus zu stoppen, ist der Impfstoff. Wir müssen dafür sorgen, dass alle, die sich impfen lassen wollen, dies so schnell wie möglich tun können. So erreichen wir bis im Sommer die Herdenimmunität und können endlich zur Normalität zurückkehren. Dabei sind die Risikogruppen und das Gesundheitspersonal natürlich prioritär zu behandeln.

Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen

Die akute Krisenbekämpfung ist wichtig. Es ist aber auch unsere Pflicht, jetzt damit zu beginnen, die Weichen für die Zeit nach dieser Krise richtig

zu stellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Lebensgrundlage hinterlassen. Das erreichen wir aber nur, wenn wir Wirtschaft und Ökologie nicht gegeneinander ausspielen. In diesem Sinne haben wir Blueprints.ch lanciert. Lesen Sie mehr dazu auf den in unserem Schwerpunkt.

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht!

Unserer gebeutelten Wirtschaft können wir auch auf zusätzlichen Wegen helfen: Wir können ihr mit dem Freihandelsabkommen mit Indonesien, über das wir am 7. März 2021 abstimmen, neue Wachstumsimpulse geben. Mit einem Ja zum E-ID Gesetz können wir den Standort Schweiz stärken und die Digitalisierung vorantreiben. Und mit einem Nein zur Burkainitiative verhindern wir, dass unsere bereits stark gebeutelte Tourismusbranche nicht mit illiberalen Kleidervorschriften noch weiteren Schaden erleidet. Informieren Sie sich in der aktuellen Ausgabe im Detail über die Abstimmungsvorlagen und gehen Sie im Anschluss an die Urne. Damit können Sie einen wichtigen Beitrag leisten, dass wir jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Nun wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser neuen Freisinn-Ausgabe!

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Jetzt wird gewählt!

Interview mit Petra Gössi und Stefan Nünlist

Frau Gössi, Herr Nünlist, welche Bedeutung haben die bevorstehenden Wahlen im Kanton Solothurn für Sie?

Petra Gössi: Jede Wahl ist wichtig. Die Gesamterneuerungswahlen im Kanton Solothurn sind die ersten im Corona-Jahr 2021 und damit vielleicht auch so etwas wie ein Indikator dafür, wie sich die Krise in der Bevölkerung auswirkt. Der Wahlkampf ist aufgrund der Corona-Krise für alle Parteien schwierig, umso stolzer bin ich auf alle Kandidatinnen und Kandidaten der FDP, die das liberale Feuer allen Widrigkeiten zum Trotz in ihrem Umfeld versprühen und neue Wege gehen, um die Menschen auf die Wahlen und unsere freisinnigen Werte aufmerksam zu machen.

Stefan Nünlist: Die Wahlen sind ein eigentlicher Gradmesser für den Kanton Solothurn. Wir können in einer Zeit, in der Freiheit per se auf dem Prüfstand zu stehen scheint, auch national ein klares Zeichen für eine freiheitliche, liberale und verantwortungsvolle Politik setzen.

Welches sind die Ziele der FDP Solothurn für diesen Wahlgang?

Stefan Nünlist: Mehr Freisinn tut unserem Kanton gut! Um eben diese freiheitliche, liberale und verantwortungsvolle Politik im Kanton Solothurn zu verwirklichen, brauchen wir einen kompetenten Regierungsrat und eine starke Fraktion im Kantonsrat. Mit Remo Ankli und Peter Hodel stellen sich zwei hervorragende, bestens vernetzte und auch führungserprobte Persönlichkeiten zur Wahl in den Regierungsrat. Für den Kantonsrat kandidieren in allen Wahlkreisen glaubwürdige, gradlinige und kompetente Frauen und Männer.

Petra Gössi: Als Präsidentin der FDP Schweiz wünsche ich mir natürlich, dass die FDP Solothurn zusätzliche Sitze gewinnen kann und wir im Kanton Solothurn unsere freisinnigen Überzeugungen noch stärker einbringen können. Unsere persönlichen Freiheiten und das Prinzip der Eigenverantwortung sind durch die aktuelle Krise mehr denn je bedroht. Wir müssen auf allen Ebenen dafür kämpfen, Arbeitsplätze zu retten und sicherzustellen, dass auch künftige Generationen noch eine gesunde wirtschaftliche Situation vorfinden.

Stefan Nünlist: Das ist absolut zentral, und wir sind mit unserer Meinung gut aufgestellt. Fast 50 Prozent der Gemeindepräsidien im Kanton Solothurn werden von Freisinnigen geführt, der Freisinn ist

eine sehr bewährte, verlässliche und anerkannte politische Kraft. Sowohl Remo Ankli war vor seiner Wahl vor acht Jahren erprobter Gemeindepräsident wie eben auch Peter Hodel. Peter hat während Jahren mit grossem Erfolg Schönenwerd geführt und amtiert als Fraktionschef der FDP im Kantonsrat. Zusammen mit dem bewährten und über die Kantonsgrenzen hinaus bekannten und engagierten Regierungsrat und Bildungsdirektor Remo Ankli treten wir mit einem starken Team an, das unserem Kanton sehr gut tun wird.



Petra Gössi: «Politik für das Land, nicht für die Tribüne.»

Frau Gössi, die FDP steht mit Blick auf das Rahmenabkommen etwas im Gegenwind. War es sinnvoll für die Partei, sich hier so aus dem Fenster zu lehnen?

Petra Gössi: Es waren unsere freisinnigen Gründerväter, die unseren Bundesstaat etablierten. Das verpflichtet. Wir machen nicht Politik für die Tribüne, sondern für das Land. Was das Rahmenabkommen betrifft, stehen wir klar zur Weiterentwicklung der bilateralen Verträge. Sie sind ein wichtiger Faktor für den Erfolg und den Wohlstand der Schweiz. Einen Abbruch der Übung zu verlangen, solange das Verhandlungsergebnis nicht vorliegt, ist falsch. Eine solche Haltung entspricht übrigens auch nicht der klaren Mehrheitsmeinung unserer Fraktion und Partei, und auch der Nationalrat hat das zum letzten Mal im Dezember abgelehnt. Wir müssen den Bundesrat jetzt fertig verhandeln lassen. Sobald das finale Resultat dann vorliegt, werden wir es beurteilen und uns klar äussern.

Stefan Nünlist: Der Kanton Solothurn ist nur schon von seiner Geschichte und seiner Geographie her ein Kanton des Ausgleichs und des Brückenbaus. Sehr viele unserer Arbeitsplätze sind vom Export und damit vom Zugang zu den europäischen Märkten abhängig. Darum gilt auch hier, wir suchen und finden gemeinsam Lösungen. Das ist in der Gemeinde, im Kanton, im Bund und letztlich auch in unserem Verhältnis zu Europa wichtig. Wie Petra richtig sagt: Es braucht deshalb eine Weiterentwicklung der Bilateralen. Und wir werden das Rahmenabkommen dann beurteilen, wenn das definitive Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegt.



Stefan Nünlist: «Mehr Freisinn tut unserem Kanton gut.»

Zurück zu den Wahlen im Kanton Solothurn: Welches sind die wichtigsten Aufgaben, die in den nächsten vier Jahren anstehen, Herr Nünlist? Und was wünschen Sie sich, Frau Gössi, vom Kanton und von der FDP des Kantons Solothurn?

Stefan Nünlist: Ich befürchte, die Pandemie und ihre Folgen werden uns noch lange begleiten. Im Interesse der Solothurnerinnen und Solothurner müssen wir der Wirtschaftskraft und damit unseren Arbeitsplätzen in unserem Kanton Sorge tragen. Das Gewerbe und die Industrie müssen florieren können, nur so ist es möglich, ausreichend in soziale Sicherheit, zukunftsgerichtete, verlässliche Infrastrukturen und eben Bildung zu investieren. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung gilt es gezielt zu fördern. Und die Umweltpolitik muss als Teil der Wirtschaftspolitik gesehen werden.

Petra Gössi: Für mich ist der Kanton Solothurn ein Kanton der Vielfalt, der viele regionale Eigenheiten verschmilzt. So gesehen ist der Kanton Solothurn ein Abbild und ein Vorbild für die Schweiz – hoffentlich auch in den Gesamterneuerungswahlen am 7. März. Von den Solothurnerinnen und Solothurnern wünsche ich mir, dass sie möglichst zahlreich an die Urne gehen und appelliere an sie: Nutzen Sie Ihr Stimmrecht. Und noch mehr freut es mich natürlich, wenn Sie die Liste der FDP einwerfen!



«Zusammensitzen und Lösungen finden»

Peter Hodel

Wir sitzen an diesem regnerischen Wintersamstag im Wintergarten des Hauses von Peter und Martina Hodel im – wie es auf der Website der Gemeinde treffend heisst – schönen Schönenwerd. Der Blick vom idyllisch gelegenen Hof Neubuur aus schweift über Wälder und Felder. Man glaubt sich weitab des Rummels und der Hektik. Auf dem Weg zum Hof hatte sich einem jedoch, auf der Schönenwerdstrasse fahrend, das Niederamt präsentiert, geprägt vom Kühlturm von Gösgen – eine von weit herum sichtbare Leistung Solothurns an die Eidgenossenschaft.

Doch zurück in den Wintergarten. Draussen bellt der Hund; er will ebenfalls ins warme Haus. Peter Hodel, Gemeindepräsident von Schönenwerd, Chef der FDP-Fraktion im Kantonsrat und nun Regierungsratskandidat, serviert einen feinen Kaffee und setzt sich. Die erste Frage ergibt sich aufgrund der Örtlichkeit von selbst. Will Peter Hodel Landwirt im Regierungsrat sein oder Regierungsrat für die Landwirtschaft? Weder noch – und trotzdem

beides: Die Landwirtschaft liegt ihm am Herzen, und dass ihn in einem bäuerlichen Komitee 60 Mitglieder verschiedener Couleur unterstützen, kommt selbstverständlich nicht von ungefähr. Er reduzierte sich in seinem bisherigen politischen Leben jedoch nie auf diese Frage, sondern weiss, dass es der Landwirtschaft nur gut geht, wenn es auch der Gesellschaft und der Wirtschaft gut geht. «Das ist nicht ein Gegen-, sondern ein Miteinan-

der.» Peter Hodel kommt denn auch auf die hohen Steuern im Kanton Solothurn zu sprechen, die ein Problem sind, weil sie die Entwicklung bremsen. Die Volksinitiative «Jetz si mir draa» weist in die richtige Richtung, braucht aber noch den Solothurner Finish: «Man muss zusammensitzen und Lösungen finden», sagt Peter Hodel.

«Zäme goht's» als Motto

Dieses Zusammensitzen und Lösungsfinden ist überhaupt so etwas wie das Erfolgsrezept von Peter Hodel. Aufgrund seiner mehrjährigen politischen Tätigkeit und Erfahrung («Ich bin zwar ein junger Mann, aber schon viele Jahre in der Politik», sagt er verschmitzt) weiss er, dass man nur gemeinsam gute Lösungen finden kann. Der Wahlslogan «Zäme goht's» ist denn auch nicht einzig auf die Zusammenarbeit mit dem bisherigen und erfolgreichen Regierungsrat und Listenkollegen Remo Ankli gemünzt. Er ist auch so etwas wie das Motto für sein eigenes politisches Wirken.

Wir sitzen an diesem grauen Morgen an einem rechteckigen, schönen Holztisch. In der Politik, so

ist Peter Hodel überzeugt, braucht es jedoch runde Tische. An diesen gibt es kein Oben und Unten, kein Links und Rechts. Alle sitzen sich auf Augenhöhe gegenüber, niemand hat einen besseren Platz als der andere – das gibt eine ergebnisoffene Diskussion und verspricht konkrete Resultate.

An einem solchen – bildlich gesprochen – runden Tisch wurde soeben eine hervorragende Lösung für den Bahnhof Schönenwerd gesucht – und auch gefunden. «Wir konnten sogar das Bundesamt für Verkehr von unseren Lösungsvorschlägen überzeugen. Nun haben wir einen Ansatz gefunden, der allen dient: Gemeinde, Kanton, SBB, Busbetrieben und vor allem einheimischen Kundinnen und Kunden.»

«Möglichkeiten im Gesundheitsbereich»

Was will man mehr? Vor allem im Kanton Solothurn, der von seiner zentralen Lage lebt? Peter Hodel ist überzeugt, dass man schon noch etwas mehr machen kann und mehr machen muss. Ein kürzlicher Besuch in der Fabrikation der Thommen Medical AG in Grenchen, die Zahnimplantate herstellt, hat ihn in seiner Meinung bestärkt, dass Solothurn gerade im Medtech-Bereich noch sehr viel Potenzial hat.

Gespräche mit seinem Fraktionskollegen Simon Michel, CEO des höchst erfolgreichen Medizintechnikunternehmens Ypsomed, haben ihn darin bestätigt. Peter Hodel will ganz solothurnisch und pragmatisch vorgehen: «Ich bin ja kein Gesundheitsexperte und will hier nicht das Blaue vom Himmel versprechen. Aber ich denke, ein runder Tisch mit Experten aus der Privatwirtschaft, aus dem Kanton und dem Bund, aus der Industrie, dem Gewerbe und Leistungserbringern wäre sicher zielführend und würde uns weiterbringen.»

«Kanton hat viel Potenzial»

Doch weshalb gerade Solothurn? Kann das Basel nicht viel besser? Die Antwort von Peter Hodel, der väterlicherseits über Luzerner Wurzeln verfügt und dank seiner Frau Martina (eine Feusi aus Feusisberg) auch einen wenn auch vor allem emotionalen Zugang zur Innerschweiz hat, zeugt von seinem feinen Gespür für Land und Leute: «Dass wir bereits mit Firmen wie Ypsomed, J&J, Biogen, Mathys etc. über einen Cluster in diesem Bereich verfügen, hilft. Ypsomed baut weiter im Kanton aus und hat bereits über 100 Arbeitsplätze vom Kanton Bern in den Kanton Solothurn verschoben. Die Nähe zum weltweit führenden Pharmastandort

Basel ist ein Vorteil. Die Fachkräfte sind vorhanden. Der Austausch unter Experten findet statt. Und dann sind wir in der glücklichen Lage, dass wir gerade jungen Ingenieuren und Medizintechnik-Fachexperten mit unseren im Schweizer Vergleich günstigen Immobilienpreisen auch viel Lebensqualität bieten können.»

Doch ist das Steuerklima in Solothurn solchen Plänen nicht abträglich? Peter Hodel lässt, nicht ohne Schalk, antönen, dass er auch hier pragmatische und bodenständige Lösungen sieht, so wie es seinem Naturell entspricht: «An diesem runden Tisch werden natürlich auch national und international versierte Steuerexperten vertreten sein. Und wir werden ihnen gut zuhören und ihre Empfehlungen ernst nehmen...» Eben «Zäme goht's». Das ist auch hier das Motto – und das Stichwort zum Aufbruch. Der Termin mit Regierungsrat Remo Ankli im Rathaus in Solothurn wartet (vgl. Artikel auf Seiten 6 und 7). Auf dem Weg durch den halben (und halb leeren) Kanton kommen einem die abschliessenden Worte von Peter Hodel in den Sinn: «Der Kanton Solothurn hat viel Potenzial. Das müssen wir noch besser nutzen.» Wenn man ihm so zuhört, ist man überzeugt, dass er im Regierungsrat einiges dazu beitragen könnte. (pd)



Alles im Griff: «Der Kanton Solothurn hat viel Potenzial. Das müssen wir noch besser nutzen.»



«Wir sind gut aufgestellt, wollen aber noch besser werden»

Remo Ankli

Der Besuch bei Regierungsratskandidat Peter Hodel dauerte etwas länger als geplant (vgl. Porträt auf Seiten 4 und 5), der starke Regen rief nach einem vorsichtig-gemächlichen Fahrtempo. Solothurn präsentiert sich auch an einem grauen, regnerischen Tag prachtvoll. Seine reiche Geschichte, so die engen Beziehungen zur frankophonen Welt, spürt man schon fast – besonders in der Altstadt.

Remo Ankli hat sich bereits per SMS erkundigt, ob man wisse, wo sein Büro sei. Gute Frage. Die freundliche Marktfrau weist den Weg zum Rathaus, wo einen der Herr Regierungsrat, vorbildlich ausgerüstet mit Maske, abholt. Wir sind an diesem Samstagmorgen scheinbar alleine im schmucken Rathaus, in dem es nach Sauberkeit und Ordnung riecht. Ein kleiner und feiner Kanton eben.

Staatsdiener, nicht Wahlkämpfer

Das sieht auch der Bildungsdirektor so, der sich als Historiker der interessanten Geschichte des Kan-

tons bewusst ist. «Dass wir den Sitz der französischen Botschaft hatten, dass das Bistum Basel bei uns zu Hause ist, prägte und prägt den Kanton sicher.» Andere Kantone nehmen ebenfalls für sich in Anspruch, Bindeglied zur französischsprachigen Schweiz und sogar Welt zu sein. Aber: «Solothurn, wo Katholiken, Reformierte und seit dem ersten Vatikanum auch Christkatholiken friedlich miteinander leben, hat hier vielleicht einen kleinen Vorteil zum Beispiel gegenüber Bern.»

Doch das ist die Vergangenheit, aber auch die Gegenwart. Doch wie sieht Remo Ankli, der seit

acht Jahren Regierungsrat ist und bei den letzten Wahlen vor vier Jahren mit dem besten Resultat wieder gewählt wurde, die Zukunft? Der Bildungsdirektor hat, das macht seine Körpersprache deutlich, ganz offensichtlich Mühe, dem Besucher irgendetwas zu erzählen, das dieser vielleicht gerne hören möchte. Er ist in erster Linie Staatsdiener, nicht Wahlkämpfer, was ja ein nobler Zug ist.

«Reiches kulturelles Schaffen»

Das Gespräch dreht sich zuerst um die Kultur, ist Solothurn doch, mindestens von aussen gesehen, so etwas wie der kulturelle Hotspot der Schweiz. «Mit den Solothurner Filmtagen, der Grenchner Musikwoche, den Oltner Kabarett-Tagen, den Museen, Kulturbetrieben und den vielen kulturell aktiven Vereinen verfügen wir über ein reiches Schaffen», pflichtet Remo Ankli bei und lässt anklingen, dass dies ausserhalb des Kantons vielleicht deutlicher gesehen wird als im Kanton selber. «Aber wir arbeiten daran, die Solothurner

Kultur sichtbarer zu machen.» Im letzten Jahr hat sich der Kanton zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Kulturleitbild gegeben. Darauf ist der Kulturdirektor stolz: «Gerade nach einer Krise kann uns dieses helfen, der Kultur neuen Wind unter die Flügel zu geben.» Es brauche nicht nur Entschädigungen für die Ausfälle, sondern eine Art Neustart. Zurzeit werde geprüft, ob und wie man Kulturförderer aus der Zivilgesellschaft und staatliche Stellen hinter ein gemeinsames Projekt bringen könnte. «Die Kultur braucht neuen Schub für die Post-Corona-Zeit. Dabei ist eine nichtstaatliche Beteiligung enorm wichtig, schliesslich wollen wir ja keine Staatskultur.»

«Guten Start ins Berufsleben ermöglichen»

Remo Ankli ist aber ja nicht einzig Kultur- und Sport-, sondern vor allem Bildungsdirektor. Auch hier lässt er sich selbst in Wahlzeiten nicht zu billigen Versprechen und Aussagen hinreissen. «Wir sind insgesamt gut aufgestellt, wollen aber noch besser werden.»

Ist die Maturitätsquote im Kanton Solothurn hoch genug? Die einfache und wahltaktisch viel-

leicht raffinierte Aussage wäre, diese sollte gesteigert werden. Doch Remo Ankli ist alles andere als ein Populist und bleibt sich selbst treu. «Ich habe immer gesagt – auch einmal in einem Streitgespräch mit Antonio Loprieno, dem ehemaligen Rektor der Universität Basel –, dass wir im Kanton Solothurn nicht zum Akademikerüberhang beitragen wollen, sondern ein Bildungssystem haben müssen, das unseren Jugendlichen einen möglichst guten Start ins Berufsleben ermöglicht.» Die Berufsmatura ist für ihn genauso wie die gymnasiale Matura ein wichtiger Baustein. «Und die Solothurner Quote aller drei Maturatypen befinde sich nahe dem schweizerischen Durchschnitt.»

Das will jedoch nicht heissen, dass er den Status quo für perfekt hält. «Wir müssen ständig an der Qualität arbeiten, diese Aufgabe ist nie fertig.» Und dann müsse man sich natürlich dem digitalen Wandel stellen. Nicht erst als Folge, aber durch die Erfahrungen des Fernunterrichts zusätzlich in diesem Vorhaben bestärkt, arbeite das Bildungsdepartement an einem Impulsprogramm für die Digitalisierung in der Bildung. «Wir wollen dem ABC ein D für Digitalisierung hinzufügen.» Um zu verhin-

dern, dass das Departement bei diesen Bemühungen im eigenen Saft schmore, sei man entschlossen, externes Fachwissen einzubeziehen.

Sich selbst treu bleiben, nicht übertreiben

Vieles ist aufgegleist und in Planung, doch Remo Ankli will auch hier nichts verschreien – obwohl oder gerade weil Wahlkampf ist. «Die etablierten Abläufe sind einzuhalten.» Solche Aussagen, ja das ganze Gespräch, zeigen, dass Remo Ankli den notwendigen Respekt vor seinem Amt hat – und auf einer persönlichen Ebene trotzdem bescheiden geblieben ist.

Auch bei dieser Begegnung haben wir den Zeitrahmen überschritten. Das Rathaus ist noch immer leer. Auf der Rückfahrt lächeln einem an allen Strassenecken Kandidierende aller möglichen Parteien entgegen. Remo Ankli und Peter Hodel jedoch nicht – was sich bis zur Publikation dieser Zeilen bestimmt noch ändern wird. Zur Stimmung an diesem Samstagmorgen und zu den Besuchen bei Peter Hodel und Remo Ankli passt es jedoch hervorragend: nicht übertreiben, sich selbst treu und glaubwürdig bleiben – auch im Wahlkampf. (pd)



Gute Perspektiven: «Wir arbeiten daran, die Solothurner Kultur sichtbarer zu machen.»

Wahlen 2021

Die 95 FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten auf einen Blick

95 glaubwürdige, gradlinige und kompetente Frauen und Männer stellen sich von der FDP für den Kantonsrat zur Wahl. Sie werden in den kommenden vier Jahren einer freiheitlichen, liberalen und verantwortungsvollen Politik zum Durchbruch verhelfen.



Amtei Bucheggberg-Wasseramt

Liste 4



Philippe Arnet



Florian Broghammer



Daniela Disler



Jan Flückiger



Martin Flury



Etienne Gasche



Michael Käsermann



Damian Kaufmann



Michael Kumpli



Raffael Kurt



Lukas Lohm



Manuela Misteli-Sieber



Oliver Ochsner



Melanie Racine



Martin Rufer



Christian Scheuermeyer



Michael Seiler



Riccardo Sturzo



Benedikt Weber



Sabrina Weisskopf



Mariann Wüthrich



Hansueli Wyss

Amtei Dorneck-Thierstein

Liste 3



Roman Baumann



Andreas Bringold



Samuel Dürr



David Häner



Michael Hirschi



Diego Koch



Annabelle Lutgen



Roland Matthes



Kurt Schwyzer



Thomas Spaar



Christian Thalmann



Martin Vogel



Mark Winkler

bisher



Amtei Thal-Gäu

Liste 1



Johanna Bartholdi

bisher



Denise Bürgi



Enzo Cessotto

bisher



Robert Gurtner



Theodor Hafner



Freddy Kreuchi



Georg Lindemann

bisher



Mauro Schindler



Markus Wyss



Merve Zejnula





Daniel Cartier



Dylan Ferraro



Roman Frey



Benedikt Fürholz



Thomas FÜRST



Arda GÖKTAS



Sandy Grieder KOLEFF



Reto GROLIMUND



Franziska HOCHSTRASSER



Peter HODEL



Felix HUG



Vincenzo IMPERIA



Alexandra KÄMPF



Lucia KAISER



Stefan NÜNLIST



Karin OERTLIN



David PLÜSS



Daniel PROBST



Cyrill ROHR



Linda SCHIBLI



Kevin SCHWIZGEBEL



Charlotte SHAH-WUILLEMIN



Markus SPIELMANN



Gianluca SPINA



Matthias SUTER



Nico ZILA



Alexander ZINGRICH





Hubert Bläsi



Markus Dietschi



Lukas Egli



Roswitha Eichberger



Philipp Eng



Barbara Feldges



Robert Gerber



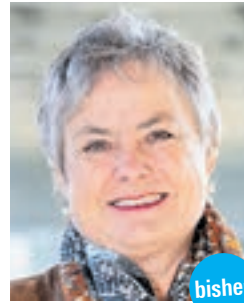
Christian Herzog



Sandra Hungerbühler



Tamara Jezler



Barbara Leibundgut



Jürg Lerch



Marco Lupi



Gabriela Mathys



Simon Michel



Barbara Obrecht Steiner



Konrad Schleiss



Christoph Scholl



Sandra Sieber



Manuel Sitter



Beat Späti



Urs Unterlerchner



Daniel Wyss



Gefragt ist Vernunft

Kolumne

Insgesamt 583 Kandidatinnen und Kandidaten bewerben sich für ein Mandat im Solothurner Kantonsrat. So viele wie noch nie oder fast sechsmal so viele, wie in das 100 Mitglieder zählende Parlament überhaupt gewählt werden können. Ausdruck lebendiger Demokratie? Wohl kaum, denn die zu Ende gehende Legislatur vermittelt ein anderes Bild. Von den 2017 gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten sind in der Zwischenzeit 25 oder ein Viertel (!) des gesamten Rates vorzeitig zurückgetreten. So ein grosser Wechsel ist plausibel nicht nachvollziehbar. Es gibt zudem Beispiele, die nachdenklich stimmen. Ein renommierter, gut situerter Chirurg, der im Kantonsrat ausgerechnet die SP repräsentieren soll, die sonst aus allen Rohren gegen die ihrer Meinung nach zu viel Verdienenden schiesst, brachte es gerade einmal auf ein paar Monate Ratszugehörigkeit. Oder ein grüner Kantonsrat verabschiedet sich im Groll vorzeitig wegen «zunehmender Ratsunverträglichkeit», das heisst, er wirft einfach den Bettel hin, weil es ihm nicht mehr passt. Da fehlt einfach der Respekt vor dem Amt.

Die Grünen haben vier von sieben, die Grünliberalen zwei von drei Mitgliedern ausgewechselt. In der Erwartung, dass sie weiterhin von der grünen Welle profitieren, treten beide Parteien mit einem ganzen Heer von Kandidatinnen und Kandi-



daten an. Ist denn bei einem derart intensiven Personalwechsel überhaupt noch Verlass auf die Kandidaturen solcher Parteien? Die Grünliberalen appellieren: «Frauen, macht mit und werdet Teil der grünliberalen Politik im Kanton!». In der Amtei Solothurn-Lebern präsentieren sie jedoch bei 15 Nominierungen gerade mal 3 Frauen, und ebenso sind es auch nur 3 Frauen, die in Olten-Gösgen neben 12 Männern kandidieren. Anders bei der SP, wo insgesamt 79 Männer 65 Frauen gegenüberstehen. Eine Person gibt ausserdem an, sie sei non binär, das heisst weder Mann noch Frau.

Ehrgeiz und auch zumindest eine Portion Streben nach Einfluss und Macht gehören zweifellos dazu, sich für ein politisches Amt starkzumachen. Die Zeiten, in denen ein Engagement, eine aktive Betätigung zunächst in einer Ortspartei die Voraussetzung für politische Aufstiegsmöglichkeiten war, sind indessen passé. Kandidatinnen und Kandidaten wachsen nicht mehr aus der Mitte einer Partei heraus. Entscheidend ist heute vielmehr: Ich will! Bei den Grünliberalen treten die meisten ohne politische Erfahrung, ohne einen Leistungsausweis in einem Parteigremium zur Wahl an, darunter auch offensichtlich eine gehörige Portion Trittbrettfahrerinnen und Trittbrettfahrer.

Nicht nur Personelles, sondern auch die Themen, mit welchen gewisse Parteien die Wählerschaft mobilisieren wollen, muten bisweilen skurril an. Die SP will der Migrationsbevölkerung eine starke Stimme vermitteln, verlangt im Kantonsrat eine angemessene Vertretung und präsentiert in allen fünf Wahlkreisen insgesamt 12 Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund. Jetzt soll man Grüne in den Kantonsrat wählen, «weil», so fordern sie, «wir biologisch produzierte, lokale und saisonale Lebensmittel auf den Tisch wollen». Also keine Salami mehr. Und das soll der Kantonsrat richten?

Haupttraktandum des neuen Kantonsparlamentes wird die Verarbeitung der Folgen der Coronapandemie sein. Gefragt sind jetzt nicht Extravaganzen, sondern Leute mit Vernunft und Augenmass. Und es gibt noch Parteien, die über solche verfügen.

Urs Marti
Langendorf

So wählen Sie richtig – freisinnig!

Nehmen Sie die FDP-Liste...



...stecken Sie die Liste ins Couvert.



Schreiben Sie nur Namen von Kandidatinnen oder Kandidaten der FDP auf Ihre Liste.
Damit optimieren Sie die Chancen der FDP auf mehr Sitze im Kantonsrat.
Bei Fragen hilft Ihnen unser Sekretariat gerne weiter. Telefon: 032 622 31 66, E-Mail: info@fdp-so.ch

7. März 2021

Richtig wählen!

Bitte schreiben Sie Peter Hodel und Remo Ankli je einmal auf Ihren Wahlzettel und lassen Sie die restlichen drei Linien leer. Wir danken herzlich.





Enkeltaugliche Politik ist nötiger denn je

Erfolgsmodell Schweiz muss jetzt verteidigt werden

Es ist leider ein Fakt, dass wir die Nachwirkungen der Corona-Krise noch viele Jahre respektive Jahrzehnte spüren werden. Umso mehr ist für die FDP klar: Es ist inakzeptabel, nötige Massnahmen und Reformen auf die lange Bank zu schieben – denn das ginge zulasten der zukünftigen Generationen. Im Rahmen der «Enkelstrategie» verfolgt die FDP in der nächsten Zeit verschiedene Projekte, um sicherzustellen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einer Schweiz leben können, in der sie sich frei entfalten können und wo Leistung sich lohnt.

Obwohl wir gegenwärtig schwierige Zeiten durchleben, dürfen wir behaupten: Die Schweiz ist insgesamt solide aufgestellt und hat gute Chancen, die Covid-Pandemie und ihre Folgen zu bewältigen. Das ist nicht selbstverständlich. Doch Fakt ist auch: Wir werden die Folgen der Pandemie noch lange spüren. Schon nur weil uns der Schuldenabbau noch Jahre beschäftigen wird und viele Branchen Zeit brauchen werden, um die Verluste wettzumachen. Aber auch aufgrund der Spätfolgen für die Gesellschaft, die noch kaum abzuschätzen sind.

Ungeachtet dessen wittern linke Parteien Morgenluft und wollen diese Krise als Türöffner für

überholte Ideologien und einen langfristigen Ausbau des Sozialstaats missbrauchen. Damit werden direkt jene Errungenschaften attackiert, die das Erfolgsmodell Schweiz erst ermöglichten. Das dürfen wir Freisinnigen nicht zulassen. Wir müssen jetzt die Grundlagen schaffen, um aus dieser Krise zu lernen und dafür zu sorgen, dass das vorausschauende Denken und Handeln in Zukunft gestärkt werden kann.

Welches Erbe wollen wir hinterlassen?

Wir haben heute die Freiheit, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen. Doch diese Freiheit bedingt

«Wir müssen jetzt die Grundlagen schaffen, um aus dieser Krise zu lernen und dafür zu sorgen, dass das vorausschauende Denken und Handeln in Zukunft gestärkt werden kann.»

auch Verantwortung – sowohl heute gegenüber unseren Mitmenschen als auch für die Nachwelt. Es ist eine liberale Überzeugung, dass unsere Nachkommen ebenso ein Recht auf ein freies, eigenverantwortliches Leben mit guten Perspektiven haben wie wir in der Gegenwart. Daher dürfen wir auch in der akuten Phase der Krise die längerfristige Zukunft nicht aus den Augen verlieren.

Dazu brauchen wir Lösungen mit Weitsicht – für unsere Sozial- und Vorsorgewerke genauso wie für die Umwelt und den Werkplatz Schweiz. Nur mit einer solide ausfinanzierten Altersvorsorge, nur mit möglichst intakten Lebensgrundlagen und nur mit einer starken Wirtschaft schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass auch unsere Kinder und Enkel sich frei entfalten können.

Arbeit an der Enkelstrategie geht weiter

Im Rahmen der Enkelstrategie arbeitet die FDP daher an mehreren Projekten, die wir längerfristig weiterverfolgen wollen, um diesen Anliegen gerecht zu werden. Mit der umfangreichen Mitgliederkonsultation im vergangenen Herbst haben wir einen ersten Meilenstein abgeschlossen. Momentan werden nun – auch auf der Basis der Resultate aus der Mitgliederkonsultation – Forderungen und Aktionen für die verschiedenen Themenbereiche ausgearbeitet. Diese Projekte werden wir dann im Verlaufe dieses Jahres Schritt für Schritt lancieren und kommunizieren. Sie werden unterschiedlich aussehen, aber alle werden eines gemeinsam haben: Sie zielen darauf ab, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder – trotz der aktuellen Krise – noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können.

Fanny Noghero
Generalsekretärin FDP.Die Liberalen



Folge der blauen Linie

Neue Plattform Blueprints.ch

Reden ist Silber, Handeln ist Gold: Die FDP lanciert eine einzigartige Plattform, die eine Bestandesaufnahme aller Aktionen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene in Sachen Umwelt- und Klimapolitik aufzeigt. Auch werden dort KMU hervorgehoben, die innovative Lösungen punkto Nachhaltigkeit entwickeln. Denn für die FDP gehen Wirtschaft und Ökologie Hand in Hand und wir folgen unserer blauen Linie, einem Symbol für Fortschritt und Innovation. Die Website www.blueprints.ch listet aktuelle und künftige Nachhaltigkeits-Projekte auf, die von der FDP initiiert wurden. Per Newsletter informieren wir regelmässig und zielgruppengerecht über die neuesten Entwicklungen in der Umwelt- und Klimapolitik.

Umwelt- und Klimaprobleme gehen alle an und stellen eine grosse Herausforderung für die Zukunft der kommenden Generationen dar. Die FDP setzt sich seit Jahren auf allen Ebenen dafür ein, die natürlichen Ressourcen zu erhalten und unseren Kindern und Enkelkindern eine intakte Le-

bensgrundlage zu hinterlassen. Daher sind wir davon überzeugt, dass Innovationen in diesem Bereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Wirtschaft und Ökologie gehen Hand in Hand und führen so zum Ziel einer klimaneutralen Schweiz. In diesem Sinne wurde Blueprints.ch lanciert. Die

Plattform beinhaltet die Auflistung vergangener und künftiger Aktionen in der Umwelt- und Klimapolitik (auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) sowie innovative Projekte von KMU zugunsten der Umwelt.

Blick ins Jahr 1986

Blueprints.ch befasst sich selbstverständlich mit zahlreichen aktuellen Handlungen zugunsten einer liberalen Umwelt- und Klimapolitik, blickt aber ebenfalls in die Vergangenheit. Der Gang ins Archiv brachte dabei interessante Erkenntnisse. So zum Beispiel das «Freisinnige Manifest zum Umweltschutz», das von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1986 verabschiedet wurde. In fein säuberlicher Schreibmaschinenschrift hält das Papier fest: «Umweltbelastungen sind möglichst an der Quelle zu vermeiden, oder, falls dies nicht möglich ist, zu minimieren. Nach dem Verursacherprinzip ist die Beanspruchung knapper Umweltgüter durch Abgaben zu dämpfen.» Der Auszug zeigt, dass das umweltpolitische Engagement der FDP weit zurückreicht und älter ist als die meisten Sektionen von Parteien mit «Grün» im Namen.

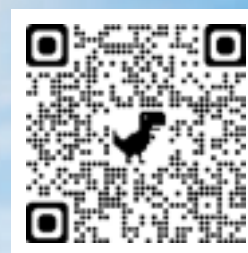


Mithilfe von Kantonal- und Ortsparteien

Selbstverständlich sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Unter Blueprints.ch sind alle umweltpolitischen Vorstösse der FDP aufgelistet. Damit die Plattform eine breite Wirkung entfaltet, braucht es aber auch das Engagement der Kantonal- und Ortsparteien. Wir freuen uns über Projekte aus der Vergangenheit, Vorstösse von heute und Pläne für die Umweltpolitik der Zukunft, die in FDP-Sektionen entwickelt wurden. All dies kann an die E-Mail-Adresse info@blueprints.ch gesendet werden und wird danach auf Blueprints.ch aufgeschaltet. Der vielfältige Einsatz, den die FDP in der Umwelt- und Klimapolitik leistet, soll damit sichtbar gemacht werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Abstimmung über das neue CO₂-Gesetz am 13. Juni von Bedeutung.

Ja zum CO₂-Gesetz

Um die Verpflichtungen der Schweiz im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren, haben wir als erste Partei die Ja-Parole für das revidierte CO₂-Gesetz gefasst. Die Schweiz wie auch die FDP haben sich im Sommer 2019 zu netto null bis 2050 verpflichtet. Die FDP ist überzeugt, dass neben den richtigen politischen Rahmenbedingungen in erster Linie Innovation und Fortschritt der Schlüssel zur Begrenzung von Klima- und Umweltschäden sind. Nur so können der Wohlstand und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten werden. Darum ist es umso wichtiger, der Bevölkerung im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über das CO₂-Gesetz unser Engagement und Handeln klar zu kommunizieren. «Blaue Lösungen» versprechen Innovationen und bieten Perspektiven für alle.





Mehr Tempo für 5G

Notwendiges Engagement für die Zukunft

Die Schweiz ist beim Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Standard in Verzug geraten. Die FDP hat das Problem erkannt und fordert mit einer Motion mehr Einsatz vom Bundesrat. Nationalrat Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki zeigen auf, weshalb die Schweiz auf 5G angewiesen ist.

Mobilfunk ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die flächendeckende Verbreitung von Smartphones hat dazu geführt, dass sich die mobil übertragene Datenmenge derzeit alle 18 Monate verdoppelt. Grund dafür ist die intensivere Nutzung von Smartphone-Anwendungen, insbesondere im Videobereich. Für diese Entwicklung ist ein gut ausgebautes Mobilfunknetz unabdingbar. Der Mobilfunkstandard 4G kann diese Anforderungen künftig nicht mehr erfüllen, deshalb ist die Weiterentwicklung 5G die richtige Lösung. Mit 5G werden die Netze leistungsstärker, ermöglichen eine schnellere Datenübertragung und Anwendungsmöglichkeiten, die momentan noch gar nicht umsetzbar sind – zum Beispiel im Bereich autonomer Fahrzeuge.

Bundesrat befürwortet FDP-Motion

Im Vergleich mit dem Ausland hinkt der 5G-Ausbau in der Schweiz hinterher und wird in manchen

kantonalen Parlamenten regelrecht bekämpft. Diese Entwicklung ist gefährlich, da ohne flächendeckendes 5G dem Technologie- und Wirtschaftsstandort Schweiz Nachteile drohen. Die FDP hat dieses Problem erkannt und im Mai 2020 eine Fraktionsmotion eingereicht, die vom Bund mehr Engagement bei der Einführung von 5G fordert. Dabei sei das Ziel anzustreben, dass es den Anbietern bis 2024 möglich ist, ein qualitativ hochwertiges nationales 5G-Netz zu möglichst geringen Kosten aufzubauen. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunkgeneration sachgerecht informieren.

Als Sprecher der Motion fungiert der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen, der sich seit längerem für ein zeitgemässes Mobilfunknetz einsetzt. Für ihn ist klar: «5G ist aufgrund der hohen Bandbreite und der vorzüglichen Echtzeitdatenübertragung für Anwendungen in den Bereichen

autonome Fahrzeuge, Drohnen, industrielle High-Tech-Produktion, Gesundheit und E-Health, Smart Farming usw. künftig unabdingbar.» Positiv sei auch die Energieeffizienz. Pro übertragenes Datenpaket braucht 5G 90 Prozent weniger Energie. Da das 5G-Netz mit intelligenten Antennen die Geräte direkt ansteuert, können Streustrahlungen vermieden werden. Wasserfallen betont zudem, dass mit der Kommunikation wissenschaftlicher Fakten Bedenken aus dem Weg geräumt werden können: «Es ist wichtig, dass wir vermitteln, dass 5G eine Weiterentwicklung der 3G- und 4G-Technologie ist. Zudem braucht es praktische Anwendungen aus der Realität, um den Nutzen von 5G zu demonstrieren.» Letzten August hat der Bundesrat die Annahme der Motion beantragt. Wann sie ins Parlament kommt, ist noch offen.

Wichtig für ländliche Regionen

Neben der FDP-liberalen Fraktion im Parlament setzt sich auch CHANCE5G für ein ausgebautes 5G-Netz ein. Die Trägerschaft ist breit abgestützt und umfasst zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Co-Präsident von CHANCE5G ist der Nidwaldner Ständerat Hans Wicki. Für ihn kann der Nutzen von 5G nicht hoch genug eingestuft werden: «Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt. Es ist aber genauso

Plädoyer für eine faktenbasierte Diskussion

«Daten-Highways sind unverzichtbar»

Der Thurgauer Manfred Spiegel blickt auf eine langjährige Karriere im Telekom-Bereich zurück und ist heute Mitinhaber und Verwaltungsratspräsident der itsbusiness AG in Bern. Der überzeugte Liberale und ehemalige Präsident der FDP Bischofszell engagiert sich in der Trägerschaft CHANCE5G für die Weiterentwicklung des Schweizer Mobilfunknetzes und erklärt im Interview, weshalb es beim 5G-Ausbau mehr Tempo braucht.

Weshalb engagieren Sie sich in der Trägerschaft von CHANCE5G? Das hat mit meinem beruflichen Hintergrund zu tun. Ich bin Hochfrequenz-Ingenieur, habe in führenden Positionen in der Telekom-Branche gearbeitet und war direkt verantwortlich, als die SBB ein eigenes Mobilnetz aufbauten. Da mich Mobilnetze in meinen Tätigkeiten immer wieder begleitet haben, weiss ich, wie wichtig es ist, dass sie stetig weiterentwickelt werden. Unsere Volkswirtschaft stützt sich auch bei der Digitalisierung darauf ab. Im Sinne des gesunden Menschenverstandes die Chancen und Risiken abzuwägen, ist mir dabei ein besonderes Anliegen.

Was bringt 5G der Schweiz? Erfolgreiche Märkte haben sich schon immer an gut erschlossenen Verkehrswegen orientiert: Daten-Highways auf Basis der modernen und sicheren 5G-Technologie sind deshalb für unsere Schweiz unverzichtbar. Der Mobilfunkstandard 5G ist in erster Linie ein gewichtiger Standortvorteil, mit dem neue Geschäftsmodelle sowohl für Anbieter wie auch für Nutzer der Netze möglich sind.

Wie profitieren Privatpersonen? Bei einer guten Abdeckung ist die Mobilfunknutzung praktisch überall in hoher Geschwindigkeit auch beispielsweise im Zug möglich. Trotz höherer Datenvolumen ergibt sich mit der 5G-Technologie kumuliert eine geringere Strahlung. Man kann so über-

all arbeiten und auf benötigte Informationen zugreifen.

Der 5G-Ausbau in der Schweiz verläuft schleppend. Wie konnte das passieren? Ursprünglich war die Schweiz in einer führenden Position. Leider konnten wir diese nicht halten. Die Meinung, dass 4G für immer ausreicht, ist weit verbreitet. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass man meint, höhere Datengeschwindigkeiten würden auch eine höhere Strahlenbelastung mit sich bringen, was nicht der Fall ist. Auf jeden Fall wurde der Nutzen viel zu wenig in der Debatte aufgezeigt. Zudem polarisiert die Thematik in zunehmendem Masse.

Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen? Wir als Nutzer von 5G haben uns zu wenig in die Thematik eingebracht. Deshalb ist ein unbegründeter Abwehrmechanismus gegenüber 5G entstanden. Ich denke jedoch, dass vor allem bezüglich der Auswirkungen von 5G Aufklärungsbedarf besteht. Beispielsweise hat das WLAN, das fast jeder zu Hause hat, eine höhere Leistung in unmittelbarer Nähe des Menschen, als es mit 5G der Fall ist.

Was muss jetzt passieren? Für die Aufrüstung der Mobilfunkmasten sind zahlreiche Baugesuche hängig. Die Behörden tun sich schwer damit. Die Gesuche deshalb auf die lange Bank zu schieben, weil es mancherorts Widerstand gibt, finde ich



5G führt kumuliert zu weniger Strahlung.

nicht zielführend. Grundsätzlich muss die Politik wieder Signale aussenden, dass man das Thema 5G faktenbasiert angeht, dazu den Dialog sucht und dann zeitnah entscheidet. Nur so sorgen wir für eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Bis wann rechnen Sie mit einem flächendeckenden 5G-Netz in der Schweiz? Wenn man tatsächlich vorwärtskommen darf, kann es schnell gehen. Insbesondere die Aufrüstung bestehender Standorte ist kein grosser Aufwand. Zeitintensiver sind neu zu erschliessende Standorte. Momentan geht es deutlich zu langsam. Umso wichtiger ist es, dass der faktenbasierte Dialog und die Aufklärung anstelle von Mutmassungen im Fokus von Entscheidungen liegen. Wenn das gelingt, bin ich überzeugt, dass wir die vielfältigen Chancen von 5G erfolgreich zum Nutzen für die Schweiz zum Tragen bringen können.

Interview: Marco Wölfli



Mobilfunk braucht ein starkes Netz.

wichtig, dass der Schweizer Bevölkerung der immense Wert von stabilen und modernen Mobilfunknetzen bewusst ist – das zeigt sich gerade auch in der aktuellen Krise, gilt aber auch darüber hinaus. Wir dürfen diese kritische, systemrelevante Basisinfrastruktur nicht fahrlässig aufs Spiel setzen und sollten möglichst zeitnah auf 5G ausbauen. Nur so wird ein leistungsfähiger Mobilfunk in der ganzen Schweiz sichergestellt, und Datenstaus werden verhindert.

Um dies zu erreichen, braucht es dringend bessere nationale Rahmenbedingungen, auf das unsere Fraktionsmotion abzielt, und eine Deblo-

ckierung des Ausbaus in den Kantonen.» Wie die FDP stellt auch CHANCE5G deutliche Forderungen an den Bundesrat. Die Gruppierung lancierte Ende 2020 eine Petition, die bessere Rahmenbedingungen für den 5G-Ausbau fordert. Zudem verlangt die Petition vom Bundesrat ein klares Bekenntnis zum Mobilfunkstandard der neuesten Generation. Die breite Unterstützung für die Technologie der Zukunft zeigt, dass Handlungsbedarf besteht und das Engagement der FDP weiterhin nötig ist.

Marco Wölfli

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat in den letzten Monaten zahlreiche Abstimmungsvorlagen vertreten.



«Datenschutz macht einen Schritt vorwärts»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zur E-ID ein

Am 7. März stimmt die Schweiz über die Einführung einer E-ID ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt im Interview, warum rein staatliche Lösungen nicht sinnvoll sind, was mit persönlichen Daten passiert und wo sich die E-ID nutzen lässt.

Wofür braucht es eine E-ID? Eine staatlich anerkannte, elektronische Identität ist die Basis für die weitere Digitalisierung in der Schweiz. Die E-ID wird es erlauben, uns einfach, sicher und praktisch im Internet anzumelden. Heute ist oft nicht klar, was mit unseren Daten passiert. Deshalb schaffen wir mit der E-ID erstmals ein gesetzlich geregeltes Login. Nach Schweizer Recht und mit einem starken Datenschutz. Das ist eine Chance

für die Schweiz, sonst galoppieren uns Apple und Co. mit ihren eigenen IDs davon. Keine davon ist heute gesetzlich geregelt.

Die Gegner kritisieren die Beteiligung privater Firmen. Wieso setzt der Bundesrat auf dieses Modell?

In unserem Modell tut der Bund das, was nur der Bund tun kann: Er übernimmt die hoheitlichen Aufgaben, indem er die Identität der einzelnen Per-

sonen überprüft. Ausserdem ist er zuständig für die Prüfung, Anerkennung und Kontrolle der Anbieterinnen. Die technische Umsetzung hingegen, das können auch Private, Kantone oder Gemeinden. Die Erfahrungen im Ausland waren zudem ernüchternd. Die Bevölkerung akzeptierte die rein staatlichen Lösungen nicht, weil sie zu kompliziert waren. In Deutschland beispielsweise benutzen nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung die E-ID. Deshalb setzen Bundesrat und Parlament jetzt auf ein zukunftsorientiertes Modell mit einer klaren Aufgabenteilung.

Deutschland, Österreich oder UK setzen bereits auf eine E-ID. Ist der Einsatz einer E-ID so unsicher, dass die Schweiz erst jetzt eine E-ID einführen will?

Mit Sicherheit hat das nichts zu tun. Auch in der Schweiz haben die Arbeiten an der E-ID schon vor etwa 20 Jahren begonnen. Der Bund hat verschiedene Varianten sorgfältig geprüft. Heute haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden. Dieser berücksichtigt die Sicherheit, den Datenschutz und die Anwenderfreundlichkeit gleichermaßen. Und wir haben eine gute Balance zwischen öffentlichen und privaten Stellen gefunden. Ein guter Kompromiss braucht Zeit. Mit dem E-ID-Gesetz haben wir ihn.

Welche Unternehmen kommen für die Herausgabe der E-ID in Frage? Wir wissen vom Kanton Schaffhausen und bereits von fünf Unternehmen, dass sie sich als Anbieterinnen anerkennen lassen wollen. Es wird also einen Wettbewerb geben. Die besten technologischen Lösungen werden sich durchsetzen. Das begrüsse ich. Wettbewerb verspricht moderne und zukunftsweisende Lösungen für die Kunden und die Unternehmen.

Von linker Seite wird moniert, dass der Datenschutz nicht gewährleistet werden könne. Wie entgegen Sie diesem Vorwurf? Mit dem neuen Gesetz machen wir sogar einen Schritt vorwärts. Heute wissen wir nicht, was mit den Daten passiert, wenn wir uns im Internet anmelden, zum Beispiel mit Google, Apple oder Facebook. Mit dem E-ID-Gesetz legen wir erstmals gesetzliche Regeln fest. Der Datenschutz ist dabei strenger als sonst: Daten dürfen immer nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der E-ID-Nutzerinnen weitergegeben werden. Ausserdem gibt es eine klare Trennung der verschiedenen Daten: Die Personendaten, die zur Identifikation einer Person dienen, und die Nutzungsdaten der E-ID müssen getrennt voneinander aufbewahrt werden. So wird verhindert, dass Nutzerprofile erstellt werden können. Solche sind auch verboten. Die Daten müssen zudem in der Schweiz bleiben, deshalb steht übrigens auch der eidgenössische Datenschützer hinter dem neuen Gesetz.

Wie wird sichergestellt, dass Private diese Daten nicht irgendwann verwenden? Auch das ist im Gesetz klar geregelt, das dürfen sie nicht. Zudem werden alle Anbieterinnen durch eine neue, unabhängige Kommission beaufsichtigt und kontrolliert. Bei einem Fehlverhalten kann einer Anbieterin die Anerkennung entzogen werden.

Was passiert, wenn beispielsweise ein beteiligtes Unternehmen aussteigt oder in Konkurs geht? Daran hat der Gesetzgeber ebenfalls gedacht und vorgesorgt. So kann das E-ID-System von einer anderen anerkannten Anbieterin übernommen werden – aber nur, wenn die Inhaber der E-ID dem zustimmen. E-ID-Systeme sind zudem weder pfändbar, noch fallen sie in die Konkursmasse.

Wo lässt sich die E-ID überall einsetzen – welcher konkrete Nutzen entsteht für Bürgerinnen und Bürger? Bis jetzt müssen wir für viele Dienstleistungen unsere Identität umständlich nachweisen, zum Beispiel durch persönliches Erscheinen. Mit einer E-ID wäre dies nicht mehr nötig, das würde insbesondere das E-Government voranbringen. Ausserdem könnten die Bürgerinnen und Bürger erstmals ein sicheres Login verwenden, das staatlich geregelt ist.

Was geschieht bei einem Nein zur E-ID? Wird die Vorlage am 7. März abgelehnt, gibt es keine staatlich anerkannte E-ID. Damit verschenken wir vor allem Zeit, denn das bedeutet konkret, dass wir weiterhin keinen gesetzlichen Rahmen für elektronische Identifizierungsverfahren haben. Die Schweiz würde bezüglich E-ID noch weiter in Rückstand geraten. Dass sich dereinst eine rein staatliche E-ID politisch durchsetzen könnte, bezweifle ich. Das Gesetz wäre ein sehr konkreter Fortschritt auf dem Weg der Digitalisierung.

Wie sieht der Zeitplan bei einem Ja zur E-ID aus? Der Bundesrat wird möglichst rasch die techni-

schen Verordnungen in die Vernehmlassung schicken. Parallel dazu würden wir die neue Aufsichtskommission aufbauen. Beides braucht aber Zeit, ich rechne damit, dass wir uns etwa in zwei Jahren mit der E-ID im Internet anmelden könnten.

Sie haben jetzt einen Marathon an Abstimmungen hinter sich: Unternehmensverantwortungsinitiative, Kündigungsinitiative und das Schengen-Referendum. Jetzt stehen die E-ID und der Kampf gegen die Burkainitiative an. Woher nehmen Sie die Energie, sich jetzt zu 100 Prozent diesen Vorlagen zu widmen? Es stimmt, auch 2021 wird ein intensives Jahr, es stehen auch nach dem 7. März weitere wichtige Abstimmungen an, z. B. die Abstimmung über die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Kraft tanke ich bei Spaziergängen in der Natur oder bei der Lektüre eines guten Buches. Und überdies erfüllt und motiviert mich die Aufgabe als Bundesrätin.

Interview: Marcel Schuler



Die E-ID erleichtert die Identifikation im Internet.



Nein zu Agrarinitiativen Ja zum Covid-19-Gesetz

Delegierte fassen Parolen an E-DV

An der digitalen DV Anfang Februar fassten die Delegierten drei Parolen und befanden über einen Antrag. So wurde das Covid-19-Gesetz angenommen und die «Trinkwasserinitiative» sowie die «Pestizidinitiative» abgelehnt. Der Antrag eines Delegierten, das Anti-Terror-Gesetz nicht nur mit den kantonalen Parteipräsidenten, sondern auch mit den Delegierten zu diskutieren, führte mit 177 Ja zu 177 Nein zu einer Patt-Situation. Um allen Delegierten die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Thema zu äussern, wird die FDP eine ausserordentliche DV organisieren.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach zu den Delegierten.

(Bilder: Désirée Dittes)

Angesichts der Gesundheitssituation fand die erste Delegiertenversammlung des Jahres wiederum digital statt. Die Delegierten konnten die Debatten zu den traktandierten Vorlagen online verfolgen. Dabei haben sich auch die beiden Bundesräte Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis geäussert. Die Justizministerin betonte die Wichtigkeit, für das E-ID-Gesetz zu stimmen. Bundesrat Cassis informierte über die Verhandlungen mit Europa und über die aktuelle Situation der Corona-Krise. Zudem wurde die Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung der FDP Frauen vorgestellt.

Klare Unterstützung für das Covid-19-Gesetz

Im Frühjahr 2020, während der ersten Welle der Pandemie, erliess der Bundesrat mehrere Verordnungen als Reaktion auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrise. Einige von ihnen, die auf der Grundlage der Verfassung und damit in ihrer Gültigkeit auf sechs Monate begrenzt waren, mussten verlängert werden. Mit dem Covid-19-Gesetz soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit der Bundesrat einen Teil der im Frühjahr 2020 getroffenen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie verlängern kann. Sie regelt auch die Beihilfen an die Branchen und Arbeitnehmer, die von den vom Bundesrat auferlegten Beschränkungen am meisten betroffen sind. Die Delegierten haben mit deutlicher Mehrheit für dieses Gesetz gestimmt (310 Ja / 55 Nein / 13 Enthaltungen), das für das Krisenmanagement unerlässlich ist.

Delegierten lehnen die Agrarinitiativen ab

Die Trinkwasserinitiative (202 Nein / 165 Ja / 11 Enthaltungen) und die Pestizid-Initiative (318 Nein / 52 Ja / 8 Enthaltungen) wurden beide abgelehnt. Diese beiden Initiativen sprechen wichtige Themen an, da die FDP den Einsatz von neuen Pflanzenschutzmitteln reduzieren möchte. Der Weg zum Ziel soll aber ein anderer sein. Beide Initiativen gehen aus der Sicht der FDP deutlich zu weit: Die Umsetzung dieser Initiativen würde nicht nur die Schweizer Landwirtschaft, sondern auch die nationale Lebensmittelversorgung gefährden. Die Delegierten wollen den bereits eingeschlagenen Weg über die laufenden Anpassungen der bestehenden Gesetzgebung im Parlament beibehalten.

Ausserordentliche DV für Anti-Terror-Gesetz

Am Freitag hat die Parteipräsidentenkonferenz die Ja-Parole zum neuen Anti-Terror-Gesetz beschlossen. Gemäss Statuten (Art. 16.2, Abs. 1) ist sie berechtigt, im Namen der Partei Stellung zu beziehen. Ein Antrag eines Delegierten, die Vorlage der DV vorzulegen, erzielte keine Mehrheit (177 Ja / 177 Nein / 25 Enthaltungen). Der Parteivorstand hat dennoch beschlossen, eine ausserordentliche DV durchzuführen, um eine breite Debatte zu ermöglichen. Der Termin für die ausserordentliche DV steht noch nicht fest.

Karin Müller



Ständerat Damian Müller informierte über das Covid-19-Gesetz.



Nationalrätin Daniela Schneeberger referierte über die beiden Agrarinitiativen.



Nationalrat Philippe Nantermod moderierte die E-DV.



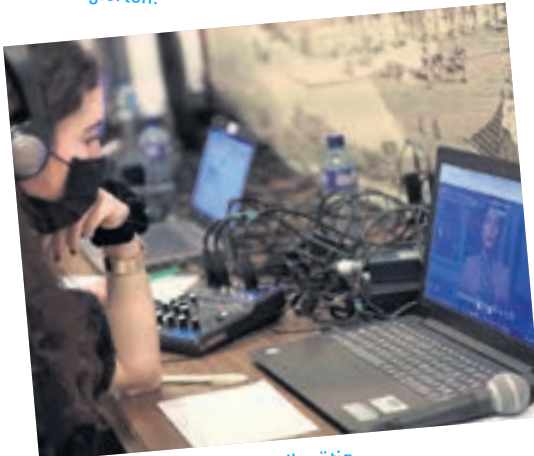
Parteipräsidentin Petra Gössi sprach zu den Delegierten.



Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher präsentierte die Initiative zur Einführung der Individualsteuer.



Nationalrat Olivier Feller erklärte das Covid-19-Gesetz.



Für die E-DV war viel Technik nötig.



Nationalrat Jacques Bourgeois (links) und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy diskutierten über die Agrarinitiativen.



Bundesrat Ignazio Cassis ist bereit für seine Ansprache.



Kaffeepause für Daniela Schneeberger und Damian Müller.



Petra Gössi wünscht sich bald wieder eine physische DV.



Freiheit liegt nicht im Auge des Betrachters

Burkainitiative auf dem Prüfstand

Mit der Volksinitiative der SVP zur Einführung eines Verhüllungsverbot es rollt ein weiterer Verfassungsartikel auf uns zu, welcher Einschränkungen der persönlichen Freiheit zum Ziel hat. Einmal mehr finden die Befürworter natürlich auch emotional gefärbte und hehre Ziele als Argumente, die Vorlage anzunehmen. Doch was ist an den Argumenten wirklich dran?

Wollen wir eine sichere Gesellschaft? Ja. Ich denke, dabei sind sich wohl Parteien aller Couleur einig. Wollen wir Gesichtverhüllungen zur Identifikation vor Behörden oder an Demonstrationen untersagen? Klar, wieso nicht. Ist das Verhüllungsverbot aber notwendig, um dies zu erreichen? Ganz sicher nicht. Dies ist bereits heute mehrfach auf Gesetzesstufe normiert und würde durch den indirekten Gegenvorschlag zusätzlich verschärft. Auch wurde in der Schweiz noch nie ein terroristischer Anschlag verübt, bei welchem sich der Täter unter einer Burka versteckt hätte.

«Klar definierte Ausnahmen»

Nicht vom Verhüllungsverbot betroffen seien beispielsweise Skimasken, Hygienemasken oder Faschnachtslarven. So grosszügig diese Ausnahmen auch tönen mögen, offenbaren sie doch eindeutig

und kaum widersprochen das wahre Ziel der Vorlage: Sie zielt einzig und allein auf das Verbot der Gesichtverschleierung im muslimischen Glauben. Und dabei stehen nicht die sicherheitspolitischen oder gleichstellungsproblematischen Interessen im Vordergrund, nein, die Vorlage will – wie wir dies auch schon von der Minarettinitiative kennen – der muslimischen Bevölkerung klarmachen, dass ihr Glaube in unserer Gesellschaft nichts verloren habe, und versucht, der «Islamisierung Europas» Einhalt zu gebieten. Es darf bezweifelt werden, dass diese Intention mit unseren Vorstellungen von Glaubensfreiheit und Toleranz in einer Gesellschaft vereinbar ist.

«Freie Menschen zeigen ihr Gesicht»

Vorab nur mal dies: Mit einem Verbot hat noch niemand mehr Freiheit geschaffen. Das Argument,

Das Verhüllungsverbot würde in erster Linie Touristinnen treffen wie hier am Lac Léman bei Vevey.

man wolle die unterdrückte Frau unter einer Burka von dieser Unfreiheit erlösen, ist ebenso falsch wie überheblich. Weder kann ein Aussenstehender wissen, ob eine Person ein Kleidungsstück freiwillig trägt oder nicht, noch steht es einer freien Gesellschaft zu, darüber zu urteilen, ob jemand ein Kleidungsstück tragen darf. Die selbsternannten «Vertreter der Freiheit» wollen mehr Freiheit schaffen, indem sie einer Person verbieten, sich nach ihrem Willen zu kleiden? Ist Freiheit nur, was die Verfassung als Freiheit definiert? Jeder Mensch sollte selber bestimmen dürfen, wie er oder sie sich kleidet. Denn nur dies ist die einzig wahre Freiheit der Selbstbestimmung. Anders als Schönheit, darf Freiheit nicht im Auge des Betrachters liegen.

«Gleichstellung der Frau»

Mal abgesehen davon, wie anmassend es ist, als Gesellschaft darüber richten zu wollen, ob ein anderer Kulturkreis gute oder schlechte traditionelle Werte pflegt, welche sich in bestimmter Kleidung äussern können, gibt es nichts Kontraproduktiveres, als willkürlich durch Verbote in bestehende traditionelle Werte einzugreifen. Aufgabe der schweizerischen Gesellschaft ist es, die eigenen Werte der Freiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter hochzuhalten, die bereits heute illegale Nötigung konsequent strafrechtlich durchzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, dass eine Frau nicht unterdrückt wird – und dies mit allen Mitteln des Rechts. Eine Muslima vor die Wahl zwischen familiärer Verstossung bei Nichttragen der Gesichtverschleierung und illegalem Verhalten durch Tragen der Burka in der Öffentlichkeit zu stellen, treibt die Gleichstellung nicht voran, sondern verhindert sie nachhaltig.

Nur wenn wir unsere Freiheiten vorleben, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich zu kleiden und wie sie ihren Glauben zu leben haben, erreichen wir langfristig eine Gesellschaft, welche nach unseren Werten lebt. Eine Gesellschaft kann keine Toleranz von fremden Kulturen innerhalb der Geschlechter fordern, wenn sie selbst keine Toleranz gegenüber Andersgläubigen walten lässt.

Philipp Eng

Kantonsratskandidat FDP Solothurn-Lebern
Präsident Jungfreisinniger Kanton Solothurn

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»



JA

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID)



JA

Bundesbeschluss über die Genehmigung des umfassenden Wirtschaftspartnerschafts-abkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

AGENDA

3. Juli 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

28. August 2021

Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



50 Jahre Frauenstimmrecht!

Freisinnige Frauen, die die Geschichte geprägt haben.

Am 7. Februar 1971 erhielten die Schweizer Frauen nach einem mehr als hundertjährigen Kampf endlich das aktive und passive Wahlrecht auf Bundesebene. Dieses Datum stellt einen grossen Durchbruch in Bezug auf die Gleichberechtigung dar. Viele FDP Frauen haben unsere Partei 50 Jahre lang vertreten und tun es noch immer. Anlässlich dieses Jubiläums hebt die FDP einige der Pionierinnen hervor, die Geschichte geschrieben und die Politik der Schweiz geprägt haben. Die ersten Parlamentarierinnen, die erste Bundesrätin, die erste Präsidentin der FDP Schweiz und viele andere. Politisches Engagement kennt kein Geschlecht und wir freuen uns, dass sich täglich immer mehr Frauen auf allen Ebenen in der Politik engagieren! Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und erfahren Sie mehr über elf bemerkenswerte freisinnige Frauen.



FDP

Die Liberalen

**Eine starke
Partnerschaft
für nachhaltigen
Handel.**

JA

**zum Abkommen
mit Indonesien**

www.indonesien-ja.ch